

LEITARTIKEL

Zeitenwende im Flugverkehr

Das Reisen per Jet wird teurer werden. Dies wird auch die Nachfrage wieder senken

Noch ist nicht einmal ganz Deutschland in den Ferien, noch ist die Vor-Corona-Auslastung an den Flughäfen nicht erreicht – da sendet die Flugbranche bereits Signale der Kapitulation: stundenlange Wartezeiten an den Airports, Gepäck bleibt liegen, Passagiere werden zurückgelassen und Flüge fallen aus, weil Personal am Boden und in der Luft fehlt.

Das Verbraucherschutzministerium droht den Fluglinien nun, sie sollten bei Flugstreichungen den Ticketbetrag sofort zurückzahlen – „sonst wird man die Vorkassepraxis in ihrer jetzigen Form überprüfen“. Aber reicht das? Muss die Politik nicht viel mehr eingreifen, um Verbraucher zu schützen, das Flugchaos zu beenden und wieder Normalität im Reiseverkehr herzustellen?

Soberechtigt die Fragen derer sind, die sich nach zwei Jahren Pandemie nur auf den verdienen

Der Preiskampf der Airlines zeigt seine Schattenseiten

Für ein Ende der goldenen Jahre des Lufttourismus sprechen verschiedenste Faktoren. So ist der Personalmangel kurz-



STEVEN GEIER
ksta-politik@kstamedien.de

fristig sicher eine Folge von Fehlplanung der Airlines und Flughafenbetreiber, die ihre Angestellten während der Pandemie billig loswerden wollten. Schwerwiegender ist aber, dass dahinter ein Geschäftsmodell steckt, das auf billigen Arbeitskräften mit schlechten Jobbedingungen basiert: Dahin zieht es auch nach der Krise keinen zurück.

Der Grund dafür ist der Preiskampf, der mit den Billigfliegern in den 1990er-Jahren Flugreisen neu definierte – und die Qualitätsairlines in die Krise stürzte. Für den Normalverbraucher hatte das zwar den Vorteil, für Spottpreise reisen zu können, die Schattenseiten dieser Überlastung von Klima, Reisezielen, Personal und Flughäfen waren aber absehbar.

Die Ticketpreise werden steigen – was kein Zeichen von Krise, sondern von Normalität ist. Mehr noch: Für den Klimaschutz muss die Politik sogar anstreben, dass der CO₂-Ausstoß auch über eine Bepreisung gesenkt wird. Das Chaos an den Flughäfen wird also eines Tages wieder abnehmen – aber auch, weil die Nachfrage sinken wird. Der Flugverkehr erlebt also eine Zeitenwende.

Politikerinnen und Politiker, die es nun als große Ungerechtigkeit empfinden, wenn Flugreisen wieder zum Luxus für Besserverdienende werden, müssen sich entscheiden: Sie können zugeben, dass es kein Grundrecht auf Wochenendtrips per Flieger oder auf drei Auslandsurlaube pro Jahr gibt. Oder sie setzen sich dafür ein, die Kluft zu verkleinern zwischen denen, die sogar mit Privatjets die Welt unsicher machen, und denen, die nur einmal im Jahr auf ein paar Tage im Süden hoffen.

KOMMENTAR

Lösung liegt im Gassparen

Politik muss die Bevölkerung mehr unterstützen

Die Lage wird ernster. Russland hat seine Lieferungen durch die Nordstream-1-Pipeline bereits um 60 Prozent reduziert. Nun rechnet Netzagentur-Chef Klaus Müller damit, dass nach der Wartung Mitte Juli gar kein Gas mehr durch die Röhren fließt. Es muss ein Anreiz sein, dass nach der Wartung Mitte Juli gar kein Gas mehr durch die Röhren fließt. Es muss ein Anreiz sein, dass nach der Wartung Mitte Juli gar kein Gas mehr durch die Röhren fließt. Es muss ein Anreiz sein, dass nach der Wartung Mitte Juli gar kein Gas mehr durch die Röhren fließt.

Die Bundesregierung hat einiges getan, damit russisches Gas ersetzt werden kann. So wurden schwimmende Flüssiggas-Terminals gechartert. Aber am Ende wird es darauf ankommen, Gas zu sparen. Und hier gibt es außer Appellen noch keinerlei politische Initiativen. Finanzielle Anreize sind dabei unsinnig, schließlich werden sich die Gaspreise verzehnfachen, so dass vielen Menschen gar nichts anderes übrig bleibt, als deutlich weniger zu verbrauchen.



TIM SZENT-IVANYI
ksta-politik@kstamedien.de

Doch die Menschen müssen auch in die Lage versetzt werden zu sparen. Das geht mit einer energetischen Sanierung der Häuser und/oder dem Einbau von Wärmepumpen. Auch die richtige Einstellung der Gaskessel kann helfen. Doch praktisch nichts davon lässt sich derzeit realisieren, weil extrem lange Lieferfristen für neue Geräte bestehen und die Handwerker restlos ausgebucht sind.

Nötig wäre ein Gasspar-Gipfel der Regierung, um mit Industrie und Handwerk zu besprechen, wie die Prioritäten richtig gesetzt werden können. Handwerker könnten sich jetzt weitgehend auf Heizung und Warmwasserversorgung konzentrieren. Und es sollte den Beteiligten die Zusage abgerungen werden, die Notlage nicht für Preistreiber auszunutzen.



Heiko Sakurai

HINTERGRUND

Profit geht vor Menschenrechte

Amnesty sieht in Katar keine Verbesserung für Arbeitsmigranten

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) wirft Katar als Austragungsland der Fußballweltmeisterschaft 2022 eine anhaltende massive Verletzung von Menschenrechten und sogar Rückschritte gegenüber den Vorjahren vor. Trotz anderslautender gesetzlicher Bestimmungen würden nach wie vor Reisepässe von Arbeitsmigranten konfisziert, unbezahlte Überstunden angeordnet, Mindestlöhne nicht eingehalten, Ruhepausen und -tage verweigert, Hitzeschutzmaßnahmen verletzt, Löhne zu spät oder gar nicht gezahlt und unzulässige Lohn einbußen als Strafmaßnahmen eingesetzt, heißt es in einer Stellungnahme von AI für eine Anhörung im Sportausschuss des Bundestags am Montag. Sie liegt dem Kölner Stadt-Anzeiger (Redaktionsnetzwerk Deutschland) vor.

Zwar seien einige Reformen angestoßen worden, die in den Jahren 2018 bis 2020 zu Verbesserungen geführt hätten. Inzwischen seien aber durch die Untätigkeit der katarischen Regierung in Teilen sogar bereits erreichte Fortschritte wieder rückgängig gemacht worden. „Innerhalb der katarischen Wirtschaft formiert sich zunehmend Widerstand gegen die Reformen, aus Sorge, Einfluss und Profitmöglichkeiten zu verlieren“, so die Analyse der Menschenrechtsorganisation.

Verletzungen des Arbeitsrechts durch katarische Arbeitgeber blieben für diese in aller Regel straflos und ohne Konsequenzen. Diese „Kultur der Straflosigkeit“ lasse bisherige Erfolge erodieren und sende ein verheerendes Signal an Arbeitsmigranten. Bisher sei es nicht gelungen, die Arbeits- und Lebensbedingungen von Arbeitsmigranten in Katar „nachhaltig und auf breiter Ebene“ zu verbessern, beklagen die Menschenrechtler. Amnesty spricht von einem differenzierten Bild der Menschenrechtslage in Katar. Spürbare Verbesserungen gebe es insbesondere für diejenigen Arbeitsmigranten, die auf den direkten WM-Baustellen tätig seien. Das seien allerdings nur etwa zwei Prozent aller Arbeitsmigranten in Katar.

AI lobt auch Schritte zur Abschaffung des als sklavennähnlich kritisierten Kafala-Systems. So habe sich die Möglichkeit der freiwilligen und selbstbestimmten Ausreise für Arbeitsmigranten im Jahr 2021 spürbar verbessert, so die Organisation. Bei einem Arbeitsplatzwechsel gebe es allerdings weiterhin erhebliche Hürden. So habe AI zahlreiche Fälle von Arbeitsmigranten dokumentiert, die Sanktionen und Strafmaßnahmen durch ihre Arbeitgeber erlitten hätten, als sie den Arbeitsplatz wechseln wollten. Sie seien zum Beispiel wegen „Davonlaufens“ angezeigt worden, was in Katar ein Straftatbestand sei.

Das Fazit von AI: „In der Summe zeigen die Untersuchungen von Amnesty International aber in aller Deutlichkeit, dass für das Gros der Arbeitsmigranten spürbare Verbesserungen ihrer menschenrechtlichen Situation bis heute nicht erlebte Praxis geworden sind.“

Den Fußball-Weltverband Fifa forderte Amnesty auf, ein umfassendes Entschädigungsprogramm für sämtliche Menschenrechtsverletzungen, die seit 2010 in unmittelbarem Zusammenhang zur Fußball-WM geschehen seien, aufzulegen. „Ein solcher Entschädigungsmechanismus könnte zu einem echten Wende-

punkt für die Fifa werden, indem die Fifa klar und unmissverständlich zu ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht steht“, so Amnesty. Das wäre zudem ein Präzedenzfall im internationalen Sport und hätte eine wichtige Signalwirkung weit über 2022 hinaus.

Auch der Deutsche Fußball-Bund (DFB) sieht anhaltende Menschenrechtsverletzungen in Katar. Zwar gebe es spürbare Verbesserungen und Reformen mit Bezug zu Arbeits- und Sozialstandards, heißt es in seiner Stellungnahme für die Bundestags-Anhörung. „Weiterhin erhebliche Mängel bestehen bei der Umsetzung von Presse- und Meinungsfreiheit oder der Anerkennung der Rechte von Frauen und Homosexuellen/LGBTIQ+“, so der Verband.

Die verbleibende Zeit müsse genutzt werden, um zu einer Verbesserung der menschenrechtlichen Situation vor Ort beizutragen, fordert der

Für das Gros der Arbeitsmigranten sind spürbare Verbesserungen ihrer menschenrechtlichen Situation bis heute nicht erlebte Praxis geworden

Amnesty International in einem Bericht für den Sportausschuss des Bundestages

DFB. Er schreibt in der Stellungnahme an den Bundestag, die Vergabe der Fifa-Weltmeisterschaft an Katar könne „in vielerlei Hinsicht als problematisch erachtet werden, insbesondere im Hinblick auf Menschenrechte und Nachhaltigkeit. Im Sinne des Sports, der Sportler und Fans hätte man sich eine andere Entscheidung vorstellen können“.

TIM SZENT-IVANYI



Bauarbeiter im Dezember 2019 am Lusail-Stadion, einem der WM-Stadien Archiv-Foto: dpa

KOMMENTAR

Pferde besser schützen

Tiere leiden nicht nur im Spitzensport

CHRISTIANE MITATSELIS

Das Vielseitigkeitsreiten hat oft schon traurige Schlagzeilen produziert. Ein negativer Höhepunkt ereignete sich bei den Olympischen Spielen 2000 in Sydney, wo es beim Geländeritt so viele gefährliche Stürze gab, dass der Weltverband reagieren musste. Man entschärfte unter anderem den Schwierigkeitsgrad der Hindernisse im Gelände. Zugleich erhöhte man die Ansprüche an die Ausbildung der Reiter.

Seither ist die Zahl der Unfälle zurückgegangen. Geländeritte bleiben trotzdem riskant. Nun wurde beim CHIO in Aachen der Hengst Allstar nach einem Beinbruch eingeschläfert. Auch 2021 kam bei den Spielen in Tokio ein Vielseitigkeitspferd zu Tode.

Eine offizielle Sammlung der Unfalldaten gibt es nicht. Es existiert aber eine Arbeit einer australischen Wissenschaftlerin von 2016, die ermittelte, dass pro Jahr etwa sieben Vielseitigkeitspferde in Wettbewerben sterben. Es werden nun die üblichen Rufe von Tierschutzorganisationen laut, die Vielseitigkeit ganz zu verbieten.

Natürlich sollte man darüber diskutieren, inwieweit es angebracht ist, Pferde zu Vergnügungszwecken zu nutzen. Doch warum sollte man ausgerechnet hier ansetzen? In einem Sport, in dem Profis auf jahrelang ausgebildeten Pferden unterwegs sind? Warum nicht bei armen Hobbyrreitern, die erst in der Box versauern und dann auf dem Schlachthof enden? Oder bei Kutschpferden und Kirmes-Ponys? Den Tieren wird am meisten geholfen, wenn Behörden und Verbände scharfe Gesetze und Regeln zu ihrem Schutz etablieren. Im Vielseitigkeitsreiten ist der Wille dazu erkennbar.



KÖLNER STADT-ANZEIGER
Ein DuMont Unternehmen

KÖLNER STADT-ANZEIGER
Herausgeber: Prof. Alfred Neven DuMont & Co.
Christian DuMont Schütte, Isabella Neven DuMont.
Chefredakteur: Carsten Fiedler.
Stellvertreter: Dr. Sarah Brasack.
Head of Digital: Martin Dowidat.
Geschäftsf. Redakteur: Christian Hümmeler.
Leitender Redakteur: Wolfgang Wagner (Politik).
Chefredakteur: Peter Berger.
Köln: Tim Attenberger; Landeskorrespondent: Gerhard Voigt (Leitender Redakteur), Frank Olbert (Bildung); Newsteam: Kendra Stenzel; NRW/Story: Claudia Lehnen, Maria Dohmen (Reportage); Wirtschaft: Thorsten Breikopf; Sport: Christian Löber; Kultur: Anne Burgmer; Magazin: Eva Friedler, Jenny Meysner; Chefredakteur: Peter Berger, Detlef Schmalenberg; Art Director: Nikolas Janitzki; Produktion: Klaus Schröder; Regiodesk: Michael Greuel, Christine Badke. Alle verantwortlich und wohnhaft in Köln.
Hauptstadtbüro: Eva Quadbeck (Ltg.); RND Berlin GmbH, GF: Marco Fenske.
Auslandsvertretungen: Paris: Birgit Holzer; London: Susanne Ebner; Washington: Karl Doernens; Brüssel: Damir Fras; Madrid: Martin Dahms; Athen: Gerd Höhler; Rio de Janeiro: Tobias Käufer.
Nachrichtenagenturen: dpa, afp, sid, kna
E-Mail Redaktion: ksta-redaktion@kstamedien.de
Fax Redaktion: 0221 / 224 2524.
Verlag: M. DuMont Schauberg – Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & Co. KG – ein Unternehmen der Kölner Stadt-Anzeiger Medien, Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln. Postbank Köln, IBAN: DE90 3701 0050 0000 2505 05.
Verlagsgeschäftsführer: Mirco Striewski.
Das Bezugsgehalt enthält 7 % Mehrwertsteuer. Freitags mit Prisma, TV-Magazin zur Zeitung.
Gültig: Anzeigenpreisliste Nr. 24a vom 01. Januar 2022 und unsere Allgemeinen und Zusätzlichen Geschäftsbedingungen, Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr.
Druck: DuMont Druck Köln GmbH & Co. KG. Für die Herstellung des Kölner Stadt-Anzeiger wird Recycling-Papier verwendet.
Abonnenten-Service
Tel. 0221 / 92586420, Fax 0221 / 224-23 32
E-Mail: abo-kundenservice@kstamedien.de
Anzeigen-Service
Tel. 0221 / 92586410, Fax 0221 / 224-24 91
E-Mail: anzeigen@kstamedien.de
Diese Zeitung wird unter Verwendung von Google-Fonts hergestellt
Kölner Stadt-Anzeiger online: www.ksta.de